

14.01.2010 / Thema / Seite 10

Übergangene Fragen

Hintergrund. Erika Steinbach und der Streit um das »sichtbare Zeichen«: Wie das Dogma vom Unrecht der Vertreibung die ernsthafte Auseinandersetzung mit den historischen Fakten verhindert

Renate Hennecke

Erika Steinbach hat als Preis dafür, daß sie sich nicht als dritte Vertreterin des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) für den Stiftungsrat des Berliner Vertreibungszentrums benennen läßt, eine Revision des Stiftungsgesetzes vom Dezember 2008 verlangt, auf dessen Grundlage diese Einrichtung geschaffen werden soll: Sie will ein größeres Zentrum, und es soll aus Steuermitteln finanziert, aber unter Federführung des BdV und ohne staatliche Kontrolle realisiert und betrieben werden. So sah es auch ihr Konzept für ein »Zentrum gegen Vertreibungen« vor, das sie im Jahr 2000 vorstellte - und das 2002 vom Bundestag abgelehnt wurde. Die Dreistigkeit der BdV-Präsidentin hat in deutschnationalen Kreisen Zustimmung gefunden, ansonsten aber rundum Empörung ausgelöst. Plötzlich berichten die Medien über Steinbach nicht nur, daß sie 1991 gegen den deutsch-polnischen Grenzvertrag gestimmt und sich damit in Polen unbeliebt gemacht hat. Aktuell kommen sogar Stimmen zu Wort, die in Steinbachs Positionen auch ein Problem für die deutsche Gesellschaft sehen. So wurde das gegenüber der Frankfurter Rundschau geäußerte Urteil des Historikers Heinrich August Winkler, Steinbach habe ein »national-apologetisches Geschichtsverständnis«, von anderen Medien aufgegriffen und weitergetragen, ebenso die zutreffende Einschätzung der SPD-Politikerin Gesine Schwan, für Steinbach sei »nicht der Nationalsozialismus die Ursache der Vertreibung, sondern nur der Anlaß für Polen gewesen, den lange gehegten Wunsch zu verwirklichen, die Deutschen aus dem Land zu vertreiben« (beide Äußerungen zuerst in der FR vom 7.1.2010). Endlich wird auch der Anspruch des BdV, zwei Millionen Mitglieder zu haben und 15 Millionen »Vertriebene« zu repräsentieren, nicht mehr als unantastbare Wahrheit hingenommen. Das ist gut so.

Steinbach böse, Stiftungsgesetz gut?

Die Empörung über Steinbach verleitet gleichzeitig zu dem Umkehrschluß, das von der BdV-Chefin angegriffene Stiftungsgesetz müsse verteidigt werden. So erhält es unverdientes Lob als angeblich gut durchdachtes, sorgfältig austariertes und mit Polen abgestimmtes Kunstwerk, dessen filigrane Struktur nicht mehr angetastet werden dürfe. Die Konstruktion der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« als unselbständige Stiftung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums und die Kontrolle der Zusammensetzung des Stiftungsrates durch die Bundesregierung werden als Garantie dafür genommen, daß in dem künftigen Zentrum keine »unhaltbaren geschichtspolitischen Umdeutungen« à la Steinbach vertreten werden. Woher dieser Optimismus? Die Oberaufsicht soll Merkels Kulturstaatsminister Bernd Neumann führen, und als Gründungsdirektor ist Manfred Kittel berufen. Der Professor für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg und Mitarbeiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte hängt am Mythos des »deutschen Ostens«. Zudem vertritt er die Auffassung, daß nicht nur an der Vertreibung, sondern auch am Zweiten Weltkrieg und überhaupt an Hitler die Tschechen schuld seien: Es sei richtig, erklärte er laut Sudetendeutscher Zeitung vom 7. März 2008 wörtlich in einem Vortrag bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), daß »von der verweigerten Selbstbestimmung am 4. März 1919 (als es in verschiedenen Städten der neu gegründeten Tschechoslowakei zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und sudetendeutschen Anschlußbefürwortern kam - R.H.) eine Spur zu den Geschehnissen von 1933, 1938 und 1945, bis hin also zur Vertreibung der Deutschen« führe. Wäre den Sudetendeutschen 1918/19 nicht die »Selbstbestimmung« (d.h. der Anschluß an Österreich und mit diesem zusammen an das Deutsche Reich) verwehrt worden, wäre, zitiert die Sudetendeutsche Zeitung Kittel weiter, »die deutsche und europäische Geschichte ganz anders verlaufen«. Denn, so faßt das Organ der SL Kittels weitere Ausführungen zusammen, »die von den Nazis propagierte völkische Idee habe nur deshalb so großen Zulauf gefunden, weil es nach 1918 so viele Auslandsdeutsche gegeben habe«. Mit solchen Positionen bleibt Kittel wahrlich nicht hinter Steinbach zurück. Kulturstaatsminister Neumann hält nichtsdestotrotz Kittel für den optimalen Gründungsdirektor des »sichtbaren Zeichens« und rühmte ihn bei der Bekanntgabe seiner Berufung als »besonders erfahrene Persönlichkeit für diese Aufgabe« mit »ausgewiesene (r) Sachkenntnis und Erfahrung bei der Thematik Flucht und Vertreibung«.

Politische Ausrichtung

Nach derzeitigem Stand soll dem »sichtbaren Zeichen« eine Fläche von 2000 Quadratmetern im Berliner Deutschlandhaus zur Verfügung stehen. Steinbach wünscht, daß das Projekt auf die gesamte Fläche des Deutschlandhauses ausgedehnt wird. Nur so sei es möglich, »Siedlungsgeschichte, Vertreibungsschicksale und Integration der deutschen Vertriebenen sowie deren

Dokumentation adäquat darstellen zu können und zugleich ausreichend Raum für das Schicksal auch anderer Vertriebener zur Verfügung zu haben«.

Erika Steinbach irrt. Es liegt nicht an mangelnder Fläche, daß eine adäquate Darstellung nicht möglich ist. Es liegt an der politischen Ausrichtung des Projekts. Das »sichtbare Zeichen« soll ausdrücklich errichtet werden, um »an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern«. Über diese Vorgabe sind sich Erika Steinbach, Bernd Neumann und Manfred Kittel völlig einig. Das Dogma vom »Unrecht der Vertreibung« verhindert jedoch schon seit 65 Jahren eine adäquate und ergebnisoffene Untersuchung der Vorgänge und der jeweiligen Verantwortlichkeiten. Die möglichen Ergebnisse könnten ja die gängige Sicht der Dinge erheblich verändern, die bisherigen Schuldzuweisungen könnten sich als unzutreffend erweisen, und das Dogma könnte ins Wanken geraten.

Unbeantwortet blieben infolgedessen so naheliegende Fragen wie:

- Wie viele »Vertriebene«, wie viele »Flüchtlinge«, wie viele »Umsiedler« gab es eigentlich? (Die Angaben in der Literatur schwanken zwischen fünf und mehr als 20 Millionen.)
- Aus welchen unterschiedlichen Gruppen setzten sich diese Millionen zusammen? Wie groß waren die verschiedenen Gruppen?
- Wie viele Deutsche oder Deutschstämmige verließen vor Kriegsende aus eigenem Entschluß ihre Heimat? Wie viele wurden von den Nazis zwangsevakuert? Für wie viele bedeuteten die Bedingungen der Evakuierung den Tod?
- Wie viele Menschen wurden in den besetzten Gebieten von Wehrmacht, SS etc. als Kollaborateure rekrutiert und beim Rückzug zum Mitkommen gezwungen?
- Wie viele wurden nach Kriegsende aufgrund des Potsdamer Abkommens unter der Kontrolle der Alliierten umgesiedelt?
- Wie viele »Vertriebene« à la Steinbach gibt es: Wehrmachtsoldaten und ihre Familien, die aus den besetzten Ländern in ihre Heimat »vertrieben« wurden?
- Wie viele deutschstämmige Bewohner osteuropäischer Länder wurden, wie z.B. Bundespräsident Köhlers Familie, im Zuge der Kolonialisierungspolitik des Naziregimes in besetzte Regionen umgesiedelt und bei der Befreiung aus den okkupierten Wohnungen und Höfen wieder vertrieben?
- Wie viele Wehrmachtsoldaten aus den früheren Ostprovinzen des Reiches oder den besetzten Ländern setzten sich von der Ostfront direkt in den Westen ab?
- Wie viele Nazifunktionäre machten sich davon, um ihrer Bestrafung zu entgehen?
- Wie viele Menschen aus den besetzten Ländern meldeten sich als »Vertriebene«, weil sie mit den Nazis kollaboriert hatten und befürchteten, bei einer Rückkehr bestraft zu werden?
- Welche Probleme treten bei der statistischen Erfassung der »Vertriebenen« auf?
- Trifft es zu, daß aufgrund der bisher üblichen Zählung mittels Bevölkerungsbilanzen selbst Holocaust-Opfer, in den Konzentrationslagern der Nazis Ermordete und bei Schanzarbeiten in den zu »Festungen« erklärten Städten Ungekommene als »Vertreibungsoffer« gezählt werden (wie es z.B. der polnische Autor Stanislaw Schimitzek in seinem Buch »Vertreibungsverluste? Westdeutsche Zahlenspiele« schon 1966 darlegte)?
- Ist es richtig, daß sogenannte Aussiedler, die lange nach dem Krieg aus eigenem Entschluß in die BRD gekommen sind, ebenfalls unter die offizielle Definition der »Vertriebenen« fallen? Welchen Anteil an der Gesamtzahl hat diese Gruppe?

Schon die Vielzahl der Fragen gibt eine Vorstellung davon, wie wenig die immer gleichen Bilder, die uns zum Stichwort »Flucht und Vertreibung« präsentiert werden, der Heterogenität des tatsächlichen Geschehens gerecht werden. Sie erzählen immer nur ganz bestimmte, immer gleiche Geschichten und sparen alle anderen aus. Jedoch muß, wenn von »Unrecht« die Rede ist, die politische, rechtliche und moralische Beurteilung und die Untersuchung der Verantwortlichkeiten so konkret und so differenziert erfolgen, wie es die Vielfalt der Geschichten verlangt. Allgemeine Sätze wie »Sie flohen vor dem Vormarsch

der Roten Armee« erklären gar nichts, sie vernebeln nur. Und daß der Spruch »Jede Vertreibung, egal was vorausging, ist Unrecht« Unsinn ist, liegt auf der Hand. Oder will jemand behaupten, die Vertreibung der Familie von Frau Steinbach aus Polen sei ebensolches Unrecht wie die Vertreibung der deutschen Juden aus Deutschland?

Wer war wofür verantwortlich?

Der BdV hat all diese Fragen in den 52 Jahren seiner Existenz nicht beantwortet, sie nicht einmal gestellt. Und auch das »sichtbare Zeichen« wird sie nicht stellen. Bei seiner Gestaltung soll die Ausstellung »Flucht, Vertreibung, Integration« zugrunde gelegt werden, die 2005/06 vom Bonner Haus der Geschichte der BRD erstellt und im Sommer 2006 parallel zu der BdV-Ausstellung »Erzwungene Wege« im Deutschen Historischen Museum in Berlin gezeigt wurde. Diese Ausstellung hat sich um die genannten Fragen auch nicht ansatzweise gekümmert. Sie bediente die gängigen Klischees von der Flucht vor der Roten Armee, stellte die deutsche Wehrmacht als Freund und Helfer der Wilhelm-Gustloff-Passagiere dar (statt den Wahnsinn anzuprangern, daß Flüchtlinge auf Schiffen transportiert wurden, die gleichzeitig dem Truppentransport dienten), präsentierte unzulässige Gleichsetzungen, bemäkelte die Bodenreform und die Zuteilung von Neubauernstellen an Umsiedler in der SBZ/DDR und bejubelte die Integration von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen in der BRD als eine, wengleich mit Anfangsschwierigkeiten behaftete, große Erfolgsgeschichte.

Aus der gesamten Debatte ausgespart bleiben auch alle Fragen nach den konkreten Verantwortlichkeiten:

- Warum mußte denn überhaupt die Rote Armee im Januar/Februar 1945 noch eine große Offensive einleiten? Warum hatte die deutsche Armee nicht schon längst kapituliert, die Kämpfe beendet und eine kampflose Besetzung ermöglicht, die den alliierten Truppen riesige Verluste erspart hätte und für die deutsche Zivilbevölkerung mit weit weniger Schrecknissen verbunden gewesen wäre?
- Warum und durch wen wurden zahlreiche Städte wie Königsberg und Breslau, Gdingen und Danzig, zu »Festungen« erklärt, die »bis zum Äußersten verteidigt« werden mußten? In welchem Umfang mußte die Zivilbevölkerung sich an der »Verteidigung bis zum Äußersten« (z.B. durch Schanzarbeiten und Ähnliches) beteiligen? Welche Folgen hatte das?
- Wer mußte in den »Festungen« bleiben, wer durfte die Städte verlassen, wer wurde zum Verlassen gezwungen?
- Wie lief die von den Nazis befohlene und teilweise durch Waffengewalt oder durch Entzug der Lebensmittelkarten erzwungene Evakuierung konkret ab? Wer befahl, wer organisierte sie?
- Welche Rolle spielte die deutsche Wehrmacht? Schützte sie die Fliehenden oder behinderte sie die Flucht?
- Mit welchem Recht werden die Opfer des Evakuierungswahnsinns und der Verteidigung der »Festungen« als »Vertreibungsverluste« klassifiziert und der Roten Armee oder Polen angelastet?
- Wie erfolgte die Umsiedlung unter Kontrolle der Alliierten? Wie unterschied sie sich z.B. von der Evakuierung durch die Nazis?

Die Motive der Alliierten

Bezeichnenderweise bemüht sich die Ausstellung nicht einmal um die Beantwortung der Frage, warum die Alliierten die Umsiedlung der außerhalb der neuen deutschen Grenzen verbliebenen Deutschen und Deutschstämmigen für notwendig hielten und in Potsdam beschlossen. Dabei ist doch diese Frage für die Beurteilung dieses Teils der damaligen Geschehnisse von zentraler Bedeutung. Mehr noch: Ich kann mir nicht vorstellen, wie es ohne eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Motivation der Alliierten möglich sein soll, »die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik als Ursache von Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg« darzustellen, wie es Bernd Neumanns Konzept für das »sichtbare Zeichen« ja immerhin vorsieht (allerdings mit Schlupfloch: davor steht das Wörtchen »auch«).

Hier stoßen wir auf einen grundlegenden Widerspruch: Die Zweckbestimmung des Erinnerns an das »Unrecht der Vertreibung« verhindert, daß die notwendigen konkreten Fragen nach dem Wer, Was, Warum gestellt werden, und dies wiederum verhindert, daß der Zusammenhang zwischen der Expansions- und Vernichtungspolitik der Nazis einerseits und der Umsiedlung andererseits wirklich begreifbar wird. Denn es geht ja nicht einfach um das Bekenntnis, daß während der NS-Zeit von Deutschen und in deutschem Namen schlimmste Verbrechen begangen wurden. Dieses Bekenntnis ist heute wohlfeil und geht auch Frau Steinbach mittlerweile locker von den Lippen. Gern zusammen mit Sätzen wie diesem: »Wer sagt, wegen Hitler muß man Verständnis für die Vertreibungen haben, der folgt dem Prinzip der sizilianischen Blutrache.«

Rachegefühle auf seiten der drangsalierten und gequälten Menschen in den besetzt gewesenen Ländern sind zweifellos

verständlich. Aber die Alliierten in Potsdam waren keine Runde von Rächern, sondern Politiker. Nach der Niederwerfung des »Großdeutschen Reiches« sahen sie sich vor die Aufgabe einer Neuordnung Europas, insbesondere Osteuropas, und der Festlegung der deutschen Ostgrenzen gestellt. Sie wußten, daß Deutschland die nach dem Ersten Weltkrieg festgelegten Grenzen im Osten nie anerkannt und stets nach ihrer Revision getrachtet hatte. Sie mußten Bedingungen schaffen, die so gut wie irgend möglich garantierten, daß sich die soeben erlebte Katastrophe nie wiederholen würde. Sie hatten keinen Grund zu der Annahme, daß mit dem »Dritten Reich« auch der deutsche Expansionsdrang nach Osten unwiderruflich untergegangen wäre und keinerlei Gefahr eines Wiederauflebens bestünde, bei dem auch die deutschen Minderheiten wieder eine unheilvolle Rolle hätten spielen können. Denn dem »Dritten Reich« waren ja ein Kaiserreich und eine Weimarer Republik vorangegangen, an deren Ostpolitik die Nazis hatten anknüpfen können, um sie in nie für möglich gehaltener Konsequenz auf die äußerste Spitze zu treiben. Die breite Akzeptanz dafür war möglich, weil die völkische Ideologie seit Generationen in den Köpfen der deutschen Bevölkerung verankert worden war. Man mag diskutieren, ob die Alliierten für dieses Problem die optimale Lösung fanden. In der deutschen Debatte wird jedoch negiert, daß es ein solches Problem überhaupt gab.

Notwendige Diskussion

Fast könnte man es bewundernswert nennen, wie gut es den politischen Kreisen, die sich für ein Vertreibungszentrum stark machen, gelingt, diesen ganzen Themenbereich aus der Diskussion herauszuhalten. Wem ist schon bewußt, daß bis 1918 Polen zwischen dem Deutschen Reich, dem Habsburger und dem Russischen Reich aufgeteilt war? Wer denkt im Zusammenhang mit »Flucht und Vertreibung« daran, daß schon der Außenminister der Weimarer Republik 1925 in Locarno nicht bereit war, die 1918 festgelegte deutsch-polnische Grenze anzuerkennen? Wer weiß etwas über die zahlreichen Organisationen des Volkstumskampfes mit dem Ziel eines Großdeutschen Reiches - über die Alldeutsche Partei des Georg Ritter von Schönerer (1842-1921) und den Alldeutschen Verband, über den Deutschen Schulverein und den Verein für das Deutschtum im Ausland, über die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die 1903 im nordböhmischem Reichenberg gegründet wurde und Hitler wichtige Elemente seines Programms lieferte, über die Sudetendeutsche Heimatfront des Konrad Henlein und die Sudetendeutschen Freikorps, die bewaffnet gegen die Tschechoslowakei kämpften und an deren Destabilisierung und Zerschlagung beteiligt waren? - Und wer macht sich Gedanken darüber, daß völkische Ideen bis heute in unserer Gesellschaft virulent sind und von vielen als selbstverständlich akzeptiert werden - sei es die Funktion des deutschen Staates als Schutzmacht für alle »Deutschen« auf der Welt, egal welchen Staates Bürger sie sind; sei es die Vorstellung, daß Europa aus einer Vielzahl von Regionen zusammengesetzt sei, von denen jede die gottgegebene »Heimat« einer bestimmten Volksgruppe sei. Zugegeben, das Thema ist komplex und nicht ohne weiteres zu durchschauen. Aber die Diskussion darüber muß geführt werden.

Versöhnung? Keine Spur

Das geplante Vertreibungszentrum soll angeblich der Versöhnung dienen. Schon seine bisherige Geschichte zeigt, daß es dazu nicht geeignet ist. Das liegt nicht allein an Erika Steinbach. Ohne kritische Aufarbeitung der deutschen Ostpolitik seit Kaisers Zeiten und ohne klare Absage an diese Tradition wird das polnische und tschechische Mißtrauen gegenüber Deutschland bleiben. Diese Aufarbeitung kann nicht in Form eines Vertreibungszentrums stattfinden, in dem fertige Klischees präsentiert werden. Dafür ist eine lebendige Auseinandersetzung ohne Vorgaben im Stile von »Jede Vertreibung ist Unrecht« notwendig. Erika Steinbach ist eine Zumutung - aber das Problem geht weit über sie hinaus.

Renate Hennecke ist verantwortliche Redakteurin der Deutsch-Tschechischen Nachrichten (www.deutsch-tschechische-nachrichten.de). Im Dezember 2009 erschien das DTN-Dossier Nr. 11